

„Was geht?“ – Stärkung von Recht und Demokratie in der Klimakrise

„Wir wissen seit 200 Jahren, was es mit dem CO² auf sich hat.“, wirft Dr. Ulrich Maidowski, Richter des Deutschen Bundesverfassungsgerichts, zu Beginn seines Vortrags am Grundrechtstag in den Raum. Dabei sei der Vorwurf der Untätigkeit ein solcher, den Richter nicht auf sich sitzen lassen dürften. Klimaklagen seien wohl eine neuzeitliche Art von Gerichtsverfahren, doch würden Richter:innen bereits das erforderliche Handwerk zur Entscheidung in „David gegen Goliath“-gleichen Fällen besitzen. Er lobt dabei kreative und mutige Entscheidungen seiner Kolleg:innen, die einen enormen Beitrag zum Bewusstseinswandel leisten würden.

Doch müsse eine Art „nächste Phase“ von Verfahren ins Leben gerufen werden. Es reicht nicht aus, nur die Untätigkeit festzustellen, kritisiert der Experte: „Danach muss ja was passieren!“. Eine Gerichtsentscheidung sei lediglich der erste Schritt einer Entwicklung, die einmal in der Natur ankommen müsse. Für Schmunzeln in der Menge sorgt Ulrich Maidowski, als er von Entscheidungen des OLG Pakistan, die zum Bäume-Pflanzen verpflichten, berichtet. „Der Gerichtsvollzieher wird sich freuen!“, lacht der renommierte Jurist.



Klar ist ihm jedoch, dass die Gerichte „essen, was auf den Tisch kommt.“ Schlechte Klagen schaden, so der Experte. Auch in politischer Hinsicht seien wir an einem gefährlichen Punkt angelangt, erfolge doch wider besseren Wissens keine Priorisierung der Klimakrise. Sie würde von jeder aktueller scheinenden Krisensituation überlagert. Viel müsse getan werden, um das Potential im Demokratiebereich zu nützen. Ulrich Maidowski warnt eindringlich vor autokratischen Lösungen: „Freiheitsbereiche, die wir aufgeben, bekommen wir nicht wieder zurück!“, mahnt er.

Er bietet mehrere Lösungsansätze, die das Publikum sichtlich begeistern. Konkret empfiehlt er eine „institutionalisierte Perspektive der jüngeren Generation“, die sich in den Gesetzgebungsprozess einbringen kann – bis hin zu einem möglichen Vetorecht bei zukunftsgefährlichen Vorhaben. Er argumentiert, dass es mühsame Maßnahmen zu treffen gilt, die über mehrere Wahlperioden hinaus aufrecht erhalten werden können. Zudem möchte er auf Aufklärung setzen: Nur ein informierter Demokrat würde solch mühsamen Maßnahmen zustimmen.

-Abschließend macht Ulrich Maidowski Mut: Selbst eine erfolglose Klimaklage kann oft nachhaltigere Veränderungen bewirken, als eine erfolgreiche – sie braucht nur eine gute Begründung! Dann würde diese Idee in der Gesellschaft intensiv diskutiert, und schlussendlich auch die Politik zu einer entsprechenden Änderung der Gesetze bewogen.